

Professor Dr. h. c. Christa Randzio- Plath

Anwältin für eine gerechte Welt

Vortrag KFB Linz 9.11.2007

Einführung

Wir leben in einer globalisierten Welt. Niemals zuvor waren Menschen so sehr aufeinander angewiesen wie heute. Dieses Jahrhundert kann nach der Systemüberwindung entweder ein „goldenes“ Jahrhundert des Friedens, des Kantschen ewigen Friedens, des sozialen, ökologischen und für alle Menschen nützlichen wirtschaftlichen Fortschritts werden oder aber im Zeichen zunehmender Ungleichheit zu einer Eintrittskarte zu mehr Gewalt und Unterdrückung und erbitterter Verteilungskämpfe werden. Menschen in Europa sind verunsichert und haben Zukunftsängste. Menschen in den ärmeren Ländern, vor allem in Afrika, kämpfen um ihr tägliches Überleben. Aber überall ist Vertrauen in die Institutionen, in die menschenwürdige Veränderbarkeit der Dinge verloren gegangen. Dabei ist Globalisierung menschengemacht, kein geregnetes Manna auf die Erde. Von daher sind mehr denn je BürgerInnen gefordert, solidarisch und selbstbestimmt für eine andere Gestaltbarkeit der Gesellschaft einzutreten. Von daher sind wir alle potentielle Anwältinnen für eine gerechte Welt- in der Dorfgemeinschaft, in der Stadt, in der Region, in Österreich und in Deutschland, in Europa, aber auch weltweit.

Schließlich leben wir alle in der Einen Welt, die nur gemeinsame Sicherheit versprechen kann. Die Entwicklung in Pakistan geht uns genauso an wie der Kosovo, die Bekämpfung der Armut engagiert uns im internationalen Zusammenhang wie in den Suppenküchen, Tafeln oder Obdachlosen- und AsylbewerberInnenunterkünften vor Ort. Es ist also wirklich Zeit, zu handeln, für uns alle, für jede einzelne von uns. Der Zustand dieser Welt erlaubt es nicht, dass nur Regierungen und Parlamente für uns handeln. Wenn 500 Milliarden US Dollar für Rüstung ausgegeben werden und noch nicht einmal 50 Milliarden US Dollar für Entwicklungszusammenarbeit, dann wundert es nicht, dass Gewalt aus den Beziehungen zwischen Menschen und Völker nicht verschwindet. Ungerechtigkeit und zunehmende Ungleichheit prägen die Strukturen, in denen immer Menschen marginalisiert werden.

Anwältin für eine gerechte Welt werden

Jede von uns kann eine Anwältin für eine gerechte oder gerechtere Welt werden. Ich will von mir berichten, einen persönlichen Lebenslauf anderer Art schildern und dann mit ihnen die soziologisch- politischen Argumente für eine advocacy- Strategie entwickeln.

1. Für arme und einsame Menschen da zu sein haben mich meine Eltern gelehrt. Als kleines Mädchen konnte ich die Bedeutung nicht verstehen, aber meine wöchentlichen Besuche bei älteren armen Frauen haben mich beeindruckt. Sie hatten Würde und Mitgefühl. Obdachlose an unserer Haustür oder seelisch verzweifelte Menschen haben zu meinem Alltag als Jugendliche gehört. Besonders engagiert hat mich aber die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, wo ich in stiller Ohnmacht für die

Schulen als Schülerin Dokumente, Reden etc analysieren und als Studentin einen der beliebtesten Professoren diskreditieren musste, weil er einem Massenmörder von Juden vor der Strafverfolgung geschützt hatte. „Denn sie wissen nicht, was sie tun“ - diesen Satz durfte es nicht mehr geben. Nationalismus bedeutet Gewalt und Krieg. Deswegen engagierte mich von Jugend an die europäische Idee, der ich bis heute verbunden bin. Anwältin für eine gerechte Welt zu sein, heißt auch Grenzen in Europa überwinden, damit Krieg unmöglich gemacht wird. Miteinander leben kann das gegeneinander leben stoppen.

2. Als Schülerin wurde ich konfrontiert mit Flüchtlingen aus europäischen Kolonien, die für ihre Befreiung eintraten. Als Studentin folgte mir die portugiesische Geheimpolizei, weil ich die afrikanischen Befreiungsorganisationen unterstützte wie später die chilenischen und zentralamerikanischen Bewegungen. Anders als deren Mitglieder war ich aber nie von Haft oder Verletzungen bedroht. Also eine sanfte advocacy.

3. Meine Entdeckung der Frauenfrage hat durchaus seinen Hintergrund in der 68er Bewegung, die zutiefst machohaft und patriarchalisch war. Schließlich ging es mir wie den jungen Frauen von heute: ich war von meiner Leistung überzeugt und sah zunächst die strukturellen Ungleichheiten nicht, die Geschlechtergerechtigkeit bis heute unmöglich machen. So organisierten sich Frauen unabhängig von den Männern und forderten die Veränderungen der privaten Beziehungen. Zufrieden gab ich mich damit nicht. Die Gesellschaft musste verändert werden, dazu war politisches Engagement notwendig. Die Selbstbestimmung der Frau und ihre rechtliche Gleichstellung standen zu recht im Vordergrund des Engagements wie auch die Beteiligung an der

Frauenfriedensbewegung. Sie hatte auch die Überwindung von Gewalt gegen Frauen, die Überwindung von Hunger und Armut, aber auch die soziale Gerechtigkeit weltweit zum Ziel.

4. Das internationale Jahrzehnt der Frau und die Weltfrauenkonferenzen bis zur Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 machten mir deutlich, wie wichtig engagierte Frauen weltweit sind, um die schreiende und erschreckende Ungleichheit von Mann und Frau, die durch nichts zu rechtfertigende Armut und Unwissenheit der Frauen, ihren mangelnden Zugang zu Gesundheitsversorgung oder technischem know how und Krediten und ihre gesellschaftliche Unmündigkeit zu beenden. Frauen in Europa dürfen und können die Entwicklungsprozesse in den Ländern des Südens nicht steuern, aber sie können Frauen unterstützen, die einen eigenen Entwicklungsweg gehen wollen. Auch Frauen brauchen keinen Paternalismus oder Patenschaften, sie brauchen Partnerschaften.

5. Mit anderen Frauen habe ich den Marie- Schlei- Verein gegründet, um Empowerment und Geschlechtergerechtigkeit, aber auch ein besseres Verständnis für die Rolle und den Status der Frauen in Entwicklungsländern zu fördern. Hierfür besteht heute nach wie vor eine Notwendigkeit. Im Zeichen der Globalisierung der Märkte haben sich fundamentalistische Tendenzen in Weltreligionen, Ideologien und Regierungsprogrammen verstärkt, die auf dem Rücken der Frauen ausgetragen werden. Frauen und Frauennetzwerke treten an. Ich bin froh, dass auch der deutsche Verband entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen, VENRO, mit den großen Kirchen und Hilfswerken, aber auch den Eine- Welt- Häusern und kleineren NRO die Gender- Dimension als ein wichtiges Ziel und Instrument der Überwindung von Unterentwicklung, Armut, Hunger und Ungleichheit

anerkannt hat. Es geht dabei um Projekte und Programme für eine gerechtere Welt. Mehr ist nötig: wer die Welt verändern will zu einer gerechteren Welt, muss seine/ ihre Stimme erheben, sich sichtbar machen und einmischen.

6. Projektarbeit darf nicht abgewertet werden. Solange Wirtschafts- und Handelskonzepte nicht am Entwicklungs-, sondern allein am Profitinteresse ausgerichtet sind, muss Armut auch über Projekte von unten überwunden bzw. eingedämmt werden. Eigene Entwicklungswege sind eingeschränkt möglich. Schneeballeffekte werden erhofft.

Frauen gestalten den Wandel

Die andere Gestaltung der Globalisierung fordert Frauen heraus. Das Profil der Frauen muss sichtbar werden, die Stimme der Frauen(Carol Gilligan) muss gehört werden, damit die Globalisierung nicht weiterhin zur Verschärfung von Ungleichheit und Armut beiträgt, sondern den Zugang zu Wissen, Einkommen und Frieden für alle möglich macht. Frauen sind nicht die neue Arbeitsmarktreserve der kapitalistischen Wirtschaft, die besser nutzbar und ausbeutbar ist. Frauen, die ihre gleichberechtigte Teilhabe an Macht, Wirtschaft und Beschäftigung und in der Gesellschaft einfordern, fordern ihre Frauen- und Menschenrechte ein und haben den Anspruch und das Recht Politik, Wirtschaft und Gesellschaft mitzugestalten. Das gilt für Frauen im Norden und im Süden.

Frauen sind der wichtigste Schlüssel der Entwicklung: diese Botschaft verkündete der damalige UN- Generalsekretär Kofi Annan auf UN-Sitzung Peking+10. Diese Erkenntnis war nicht neu. Schließlich hatten

alle Weltfrauenkonferenzen von Mexiko 1975 bis Peking 2005 diese Feststellung in alle Welt getragen und darauf verwiesen, dass absolute Armut, Hunger, Unwissenheit und Unterentwicklung nur überwunden werden können, wenn Geschlechtergerechtigkeit und gleichberechtigte Teilhabe der Frauen an politischer und wirtschaftlicher Macht durchgesetzt sind.

Vor zwölf Jahren prägte Peking eine Aufbruchstimmung- über alles Trennende hinweg. Den Anliegen der Frauen vermochte sich niemand zu verschließen. Weitaus weitreichender waren die Ziele als die Millenniumsziele, in denen die Pekinger Aktionsplattform heute bedauerlicherweise versteckt worden ist. Es ist zwar richtig, dass Jahr für Jahr die rechtlichen und faktischen Fortschritte in der Gleichberechtigung festgestellt werden. Es ist richtig, dass mehr Frauen in den UN wichtige Positionen einnehmen. Es ist richtig, dass Lebenserwartung und Fruchtbarkeitsraten verbessert worden sind. Es ist richtig, dass mehr Mädchen eingeschult werden als je zuvor. Ein Blick nach Afrika aber zeigt, dass sich Ungleichheit fortschreibt, nur verändert: mehr Frauen als Männer erkranken an HIV/ Aids, mehr Mädchen müssen von der Schule abgehen und zur Existenzsicherung der Familie beitragen als Jungen, mehr Frauen als Männer verlieren ihre ökonomische Existenz wegen der Integration ihrer Länder in den .Welthandel.

Europa und die Entwicklungsländer haben eine enge Beziehung. Über 50% der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit finanziert Europa und schließt Partnerschaften für eine gerechtere Welt. Hier bleibt viel zu tun- für alle Anwältinnen, die für eine gerechtere Welt eintreten.

Europa braucht die Frauen

Sich für Europa engagieren heißt für Frieden, Gerechtigkeit und Solidarität eintreten

15 Jahre war ich Mitglied des Europäischen Parlaments, mein europäisches Engagement begann mit meiner Schulzeit und begleitet und prägt auch heute meinen Lebens- und Arbeitsalltag. Europa braucht Ihr Engagement. Europa wäre nicht entstanden, wenn es nicht europabegeisterte BürgerInnen nach dem Zweiten Weltkrieg gegeben hätte, die Schlagbäume wegrissen, Grenzen beseitigen wollten und gemeinsam ihre Überzeugung formulierten: Nie wieder Krieg. Heute ist eine derartige Europabegeisterung kaum noch vorstellbar. Dabei sind wir dank Europa dem Kantschen Ewigen Frieden heute näher denn je. Auch wenn heute Frieden mehr ist als Abwesenheit von Krieg und uns die Sorge um den sozialen Frieden und den Frieden mit der Natur, der Umwelt, mit Luft und Wasser umtreibt, so geht es uns allen in Europa besser denn je zuvor.

Engagement und Begeisterung lösen die Erfolge der europäischen Einigung nicht aus. Das Ende Kriegszeit in Europa ist heute selbstverständlich geworden. Die Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Union auf 27 Mitgliedstaaten, die Überwindung der Spaltung des europäischen Kontinents und das Ende der kommunistischen Diktaturen waren selbst zum 50.Jahrestag der EWG-Gründung im Frühjahr 2007 kein Grund zum Feiern. Die äußerst magere Erklärung zum Jubiläum demonstriert die europäische Schwäche: die Erkenntnis, dass der Nationalstaat allein auf die Herausforderungen der Globalisierung nicht die richtige Antwort geben kann, schützt vor Renationalisierungstendenzen nicht. Die Regierungen tragen dazu bei, wenn sie alle Erfolge sich selbst zuerkennen, aber alle unbequemen Entscheidungen „Brüssel“ zuschreiben. Dabei ist Europa schon lange mehr als der Binnenmarkt, ist Rechts- und Wertegemeinschaft, gibt sich die modernste Grundrechtecharta der Welt und entwickelt strategische Konzepte wie die Lissabon- Strategie, um nachhaltiges Wachstum, Vollbeschäftigung und soziale Integration zu integrieren. Dennoch wird Europa vorwiegend als Markt und Projekt im Interesse von Unternehmen wahrgenommen. Dabei sind Probleme vom Umwelt- bis zum Verbraucherschutz nur grenzübergreifend zu lösen. Dabei macht der Feinstaub weder in Wien noch in Rom oder in Frankfurt halt. Das gilt auch für die organisierte Kriminalität oder das Handeln von transnationalen Unternehmen, die sich als Monopole oder Kartelle organisieren und damit Verbraucherinteressen schaden. Europa nützt den Menschen. Aber Europa hat wenig Chancen bei den Menschen: Die Wahlbeteiligung bei der Europawahl ist skandalös gering. Damit gewinnen häufig kleinere Parteien, auch rechtsradikale Parteien eine Bedeutung, die dem Wählerwillen nicht entspricht. Die Nichtwähler sind die stärkste „Fraktion“ in der europäischen Wählerschaft. Frauen,

die Anwältinnen für eine gerechtere Welt sein wollen, müssen dafür eintreten, dass die Europawahl eine wichtige Wahl ist. Die Diskussion um die Europäische Verfassung und die Neufassung der Verträge in Lissabon im Dezember 2007 verdeutlichen, dass die europäische Demokratie verstärkt wird und die Probleme der Energieversorgung, des fairen Handels und Wettbewerbs, des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts, des nachhaltigen sozial und umweltverträglichen Wachstums ganz oben auf der Agenda für die nächsten Jahre stehen. Europa will im Interesse der Menschen seine Zukunftsfähigkeit beweisen. Deswegen müssen die EU-Mitgliedstaaten den Menschen endlich beweisen, dass sie auf die Humanressourcen setzen und nicht nur in Bildung und Fortbildung, Forschung und Entwicklung, sondern auch in lebenslanges Lernen investieren.

Gerade Frauen geht Europa an. Dabei ist das Interesse der Frauen an Europa besonders mäßig. Die Europäische Union wird mit Bürgerferne, Bürokratie und mangelnder Transparenz identifiziert. Frauen müssten es besser wissen. Wenn es heute in der Europäischen Union neben den nordischen Staaten mehr egalitäre Gesellschaften gibt, so ist dies ein Verdienst der europäischen Integration. Seit 1957 setzt die EU auf Chancengleichheit. EU-Normen haben zu vielen Reformen, auch in Österreich, geführt. Programme und Erklärungen haben die Sensibilisierung gefördert, die für die Beendigung von Diskriminierung und Geschlechterungleichheit von Bedeutung ist. Themen wie Lohnungleichheit, Diskriminierung bei der Beförderung, Schwangerschaft, Nachtarbeit oder im Unternehmensbereich standen auf der EU-Tagesordnung wie die „gläserne Decke“ und die Barrieren beim Zugang zu Führungspositionen in Wirtschaft und Politik. Die

Europäische Union verfolgte und verfolgt Strategien der Frauenförderung und des Gendermainstreaming und hat seit dem Vertrag von Amsterdam auch alle Mitgliedstaaten zur Anwendung dieser Strategien und Instrumente verpflichtet. Schließlich ist die Gleichstellung der Geschlechter nicht nur ein Ziel der Europäischen Union, sondern zählt zu ihren Werten. Die Europäische Union war eine Anwältin für eine frauengerechtere Welt und hat dabei bedacht, dass die Geschlechtergleichheit oder- ungleichheit alle gesellschaftlichen Bereiche strukturiert. Deswegen ist die gleichberechtigte Erwerbsarbeit von Frau und Mann nicht von den Maßnahmen zur Kinderbetreuung oder von frauenfördernden Programmen oder dem gender budgeting zu trennen oder aber der öffentlichen Debatte um Frauen in Entscheidungspositionen. Immer noch ist die Geschlechterfrage ein Machtfrage. Auch deswegen engagiert sich die EU trotz ihrer eingeschränkten Kompetenz in Fragen der Gewalt gegen Frauen. Gewalt gegen Frauen hat überall unterschiedliche Gesichter, muss bekämpft werden. Zusätzlich ist das gendermainstreaming in alle Politikbereiche integriert, auch in die internationale Politik der EU und in die Entwicklungszusammenarbeit. Von daher sind Aktionen gegen häusliche Gewalt gegen Frauen, gegen Beschneidung, gegen Zwangsprostitution, Zwangsheirat und Frauenhandel ein wichtiger Teil der Solidaritäts-, Menschenrechts- und Entwicklungszusammenarbeit der Europäischen Union. Auch deswegen dürfen Anwältinnen für eine gerechte Welt die europäische Dimension nicht aus dem Auge verlieren.

Anwaltschaft und politische Partizipation

Für mich war die Anwaltschaft für ein Anliegen oder für Menschen kein Thema für Unvereinbarkeiten, die viele Frauen sehen. Ich konnte mich immer bei amnesty international oder in Frauengruppen oder in der

Friedensbewegung einbringen, ohne mein politisches Engagement zu verleugnen. Frauen müssen dazu stehen, dass sie die Welt gerechter machen wollen, sich einmischen- über Bürgerinitiativen hinaus. Sie haben in der Gesellschaft als Mehrheit der Wählerschaft eine wichtige Rolle. Macht haben ist nicht negativ, sondern eine Chance zu Veränderung. Von daher heißt für mich advocacy auch den Mut haben, sich zu stellen, sich zu präsentieren, heißt wählen gehen, Frauen wählen, selbst zu kandidieren. Wie sollen sonst Herausforderungen angenommen werden, wenn Frauen sich nicht gegenseitig stärken- im Engagement gegen Gewalt gegen Frauen, gegen Frauenarmut und Frauenausbeutung.

Was ist nun konzeptionell Advocacy- Arbeit?

Advocacy- Arbeit bedeutet das direkte Intervenieren in Verhältnisse, die Unterdrückung und Verletzung der Menschenrechte zur Folge haben, sei es durch Bildungsarbeit, sei es durch Lobbyarbeit für spezifische Gruppen, denen der Zugang zu partizipativen Prozessen aufgrund ihrer sozialen, politischen, wirtschaftlichen oder kulturellen Lage verwehrt bleibt. Vor allem in tief verwurzelten patriarchalen Gesellschaftsstrukturen, die oft einhergehen mit repressiven Regierungen, ist Advocacy-Arbeit ein wirksames Mittel, NRO, Graswurzel- und Basisbewegungen bei der Einforderung von Menschenrechten zu unterstützen.

Ziel ist eine „andere“ Art der Entwicklungszusammenarbeit, in der gemeinsam Strategien entwickelt werden sollen, die zur Veränderungen beitragen und von den Betroffenen selbst durchgeführt werden. Die PartnerInnen, also wir, wirken unterstützend, aber bestimmen und dominieren das Handeln vor Ort nicht. Dies entspricht auch dem

Gedanken der Hilfe zu Selbsthilfe. NRO, aber auch in der Entwicklungspolitik tätige Regierungsorganisationen sehen das direkte Intervenieren durch Bildungs- und Lobbyarbeit als Empowermentstrategie, in der Menschen des Südens durch Bildungsarbeit ein wichtiges Instrument gegeben werden soll, Bedürfnisse selbst zu erkennen und zu formulieren. Hilfreich dabei sind auch Kenntnisse über internationale Menschenrechtsabkommen und -Konventionen. Forderungen nach der Umsetzung von Menschenrechten und Abkommen soll durch Lobbyarbeit Gehör verschafft werden, so dass sie mehr Aussicht auf Durchsetzung haben. Erinnern wir uns an die Ergebnisse der Weltfrauenkonferenzen. Fast überall auf der Welt mussten Regierungen das Familien-, Erb- und Verfassungsrecht ändern und stärkten damit die Stellung der Frau. Nur: der rechtlichen Gleichstellung muss nun endlich die faktische Gleichstellung folgen. Die Präsenz der NRO und die Unterstützung durch Partnerinnen aus dem Norden übt Druck auf Regierungen des Südens aus. In den nächsten Jahren werden transnationale Advocacy Netzwerke eine wichtige Rolle dabei spielen, kollektives politisches Handeln zu erhalten und zu verstärken.

Voraussetzung für das engagierte Eingreifen von international agierenden NRO und Organisationen ist eine Neuausrichtung der Nord-Süd- Beziehungen, in denen Weltanschauungen, Werte und Verhaltensweisen der jeweiligen Partnerinnen synergetisch auf einander wirken, um Unterdrückung, Menschenrechtsverletzungen und Ausbeutung sowie Gewalt zu überwinden. Dichotome Denkblockaden, einfache Unterteilungen, die typischerweise fast immer binär bzw. dichotom sind, verdecken bei jeder Form Zusammenarbeit tiefgreifende psychosoziale Strukturen, die kulturell verankert, und durch Politik-, Wirtschafts- und Rechtssysteme verfestigt werden. Das reziproke Lernen

muss deshalb an erster Stelle stehen. Die Advocacy- Methode verzichtet hier auf Neutralität, setzt sich eindeutig und einseitig für die Armen und Unterdrückten ein und bezieht eine klare Position: die der Anwaltschaft für Gerechtigkeit. Anwaltschaft bedeutet also Einmischung, auch Einmischung von außen. Damit sind politische, rechtliche und ethische Probleme verbunden, weil diese Einmischung Auswirkungen auf die gesellschaftlichen Verhältnisse im Aktionsland hat. Dazu ist eine umfassende Analyse gefordert, der unter Einbeziehung der Frauen vor Ort erstellt werden muss, damit sie nicht Objekt, sondern handelndes Subjekt werden. Zudem verbessert das lokal vorhandene Wissen die Analyse und erlaubt geeignetere Schlussfolgerungen als Entscheidungen am Schreibtisch. Ein solches Vorgehen fördert die Partizipation der Frauen und ihrer Organisationen. Sie gestalten mit.

Die Gefahr der Einmischung ist immer vorhanden. So wird den Partnerorganisationen aus dem Norden häufig vorgeworfen, dass sie die Souveränität und das Selbstbestimmungsrecht der Völker unterminieren. Ein weiterer Vorwurf ist der Vorwurf der Fremdbestimmung, so dass advocacy- Aktionen mit Ressentiments oder sogar mit Widerstand rechnen müssen. Darüber hinaus kann advocacy auch kontraproduktive Wirkungen entfalten, vor allem, wenn – wie bei umfassenden wirtschaftlichen Embargomaßnahmen – die getroffenen Maßnahmen nicht gezielt diejenigen erreichen, deren politischen Kurs sie ändern sollen, sondern womöglich eher jene treffen, die ohnehin bereits als Opfer einer menschenrechtsverletzenden politischen Praxis anzusehen sind. Zwei Beispiele stehen dafür: Im Südafrika der Apartheid- Zeit forderten immer mehr Menschen im Norden den Boykott von südafrikanischen Früchten und anderen Produkten. Von dem mangelnden Absatz war vor allem die arme schwarze Bevölkerung

betroffen. Dennoch forderte auch sie den Boykott, der zur Beendigung des Apartheid- Regimes beigetragen hat. In Westafrika warfen Beschneiderinnen ihre Messer in einen Korb und schworen der sexuellen Verstümmelung ab. Damit verloren sie ihre berufliche Existenz, setzten aber ein deutliches Zeichen gegen eine Menschenrechtsverletzung. Vor allem Europäerinnen hatten seit Jahrzehnten gegen diese schlimme Menschenrechtsverletzung protestiert. Das Frauenbündnis aus Frauengruppen in Afrika und Europa hat dazu beigetragen, dass in etlichen westafrikanischen Staaten heute Beschneidung unter harte Strafen gestellt wird.

Advocacy will unterdrückte Menschen befreien, sie dabei ermächtigen, selbst zu handeln. Dazu müssen sie befähigt werden. „Erziehung kann niemals neutral sein. Entweder ist sie ein Instrument der Befreiung des Menschen, oder sie ist ein Instrument seiner Domestizierung, seiner Abrichtung für die Unterdrückung“ so der katholische Pater Freire aus Brasilien, der ein Anwalt für eine gerechtere Welt war.

Advocacy- und Lobbyarbeit ist keine „neue“ Aktionsform, und wird nicht nur von NGO's und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen, sondern auch von regierungsnahen Organismen durchgeführt. Advocacy bedarf einer theoretischen und historischen Einbettung der Bildungs- und Lobbyarbeit in den Ländern des Südens.

Vor allem in den Kampagnen der Erwachsenenbildung in Lateinamerika (Fals-Borda 1968, 2000, Freire 1969) und Indien (Rahman 2000) verfolgten Sozialwissenschaftler und Pädagogen schon Mitte der 60er Jahre das Ziel, marginalisierte Bevölkerungsgruppen in demokratische Prozesse einzubinden. Die Auseinandersetzung mit Herrschaftswissen stand im Vordergrund. Die Theorien wollten die Selbst- und Fremdwahrnehmung der marginalisierten Bevölkerung aufbrechen.

Zu dem partizipativen Ansatz gehörte auch die aktionsorientierte Forschung. Diese partizipative aktionsorientierte Forschung versucht zum einen, den Austausch unterschiedlicher Auffassungen von Realität gegebener Umstände zu hinterfragen und gemeinsam zu reflektieren. Zum andern sollen Wissensformen generiert werden, die zu einer Organisierung marginalisierter Gruppen führen. Sie sollen befähigt werden, gegenüber hegemonialen Gruppen Widerstand zu leisten und sich autonom und demokratisch zu organisieren und ihre Probleme zu lösen.

Diese Konzepte entstanden zusammen mit der wachsenden Kritik an den Strukturanpassungs- und Modernisierungsprogrammen der internationalen Organisationen, die u. a. Landflucht und Verelendung zur Folge hatten. In den 70er Jahre bildeten sich alternative Forschungszentren, die sich auf lokale und regionale Probleme konzentrierten, und sich in bildungsemanzipatorischen, politischen und kulturellen Prozesse engagierten.

Wichtige Etappen waren u.a.

- die Gründung der NRO Rosca Foundation for Research and Social Action, die Bauern und Indigene bei der Organisierung ihrer Interessen gegen Großgrundbesitzer unterstützte.
- Die Gründung von Untergrund- Organisationen in Lateinamerika, die in Diktaturen zivilen Ungehorsam leisteten und sich gezielt mit marginalisierten Gruppen solidarisierten
- Die „Pädagogik der Unterdrückten“ und die von Paulo Freire ins Leben gerufenen Erwachsenenbildungskampagnen

Dabei geht es in der Bildungsarbeit darum, die Wissensproduktion mit sozialer Veränderung zu artikulieren. Ausgangspunkt ist, dass jede Person und Gemeinschaft über Wissensformen verfügt, die als

Schlüsselement gesehen werden müssen wenn es um politische Organisierung geht. Dieser Forschungsansatz, der in der Advocacy-Arbeit Anwendung findet, erfolgt durch die Zusammenarbeit von Experten und lokalem Wissensträgern und setzt auf eine produktive Synergie. Zentralen Einfluss auf diese Form von Lobbyarbeit hatte das von Paulo Freire ins Leben gerufene Erwachsenenbildungsprogramm. Als Leiter eines lateinamerikanischen Erziehungs- und Ausbildungssektors initiierte Freire Alphabetisierungskurse und konzipierte eine Alphabetisierungsmethode, die er später die „Pädagogik der Unterdrückten“ nennen sollte. Diese setzte er in gewerkschaftlichen, kirchlichen und studentischen Kreisen um. Vor allem in den ländlichen Protestbewegungen setzte sich die Kampagne als Ergänzung des Befreiungskampfes durch. Er lehnte die allgemeine Meinung ab, die Massen der Dritten Welt seien für eine Selbstbestimmung weder fähig noch willens und müssten durch einheimische Eliten geführt werden. Das Konzept der „Kultur des Schweigens“ soll Antworten auf die Frage geben, woher die Apathie der Unterdrückten kommt. Freire: *„Die Kultur des Schweigens der lateinamerikanischen Bevölkerungen war immer schon eine Folge der Unterdrückung. Es ist nicht die Apathie der Massen, die zur Herrschaft der Eliten führt, sondern es ist die Herrschaft der Eliten, die die Massen apathisch macht“*.

Grundvoraussetzungen für jegliche Advocacy-Arbeit ist eine dialogisch-partizipative, weitgehend hierarchielose Vorgehensweise im Dialog mit der marginalisierten Bevölkerung. Ziel ist es, den Menschen ihre Entscheidungsfähigkeit zurückzugeben und ihnen ein verantwortungsbewusstes partizipatives Verhalten zu ermöglichen. Gegenstand der Bildungsprozesse müssen immer existentielle konkrete Probleme sein, so dass sie die gesellschaftlichen Bedürfnisse der Gruppe reflektieren. Nach Freire müssen „bestimmte grundlegende

Widersprüche“ aufgegriffen werden und als Problem dargestellt werden. Nur so wird Bewusstseinsbildung zu einer politischen Aktion.

Gefahren einer paternalistischen Haltung von internationalen NRO.

Eine der größten Gefahren, die die Advocacy-Arbeit in sich birgt, ist die der Bevormundung der örtlichen Gruppen durch internationale Organisationen. So hängt es von den KooperationspartnerInnen ab, Bedürfnisse der Betroffenen zu respektieren und eigene Vorstellungen zurückzustellen, so berechtigt sie auch sein mögen. Bleiben die internationalen NRO bei ihren Meinungen ohne Rücksicht auf die Lage vor Ort können Engagements mehr schaden als nützen. Brisante Beispiele hierfür sind Hilfsmaßnahmen oder Aktionen, die das Selbstbestimmungsrecht der Frau, Familienplanung, Verhütung, sexueller Gesundheitsschutz und Schwangerschaftsabbrüchen berühren. Europäische NRO können informieren, unterstützen und müssen loslassen, wenn die PartnerInnen es wünschen.

Die Zusammenarbeit darf keine Stellvertreterpolitik und Entmündigung der Betroffenen sein, sondern muss dazu führen, dass die Betroffenen zu politischen Subjekten werden, die ihre Forderungen selbst artikulieren. Jede andere Form von Interessenvertretung hat dominante und paternalistische Züge, die es zu vermeiden gilt.

Was können wir noch tun?

Insbesondere Frauen in den Ländern des Südens müssen vor Ort unterstützt werden. Doch auch in Europa ist Lobbyarbeit von zentraler Bedeutung. Entwicklungspolitik ist mit allen Politikfeldern verbunden- von der Landwirtschaft und dem Handel bis zur Umwelt- und Energiepolitik oder der Geschlechtergleichheit. Es mangelt aber überall an Kohärenz,

so dass sich z.B. in Afrika so wenige Erfolge in der Armutsbekämpfung zeigen.

In Europa können und müssen wir vor allem durch Lobbyarbeit auf allen Ebenen politischen Einfluss ausüben und so für die Menschenrechte und die Millenniumsziele, insbesondere die Bekämpfung der absoluten Armut eintreten. Der Gemeinderat oder die Provinz, das Bundesland, die Republik, die europäische oder internationale Ebene- alle Ebenen sind in der Mehr- Ebenen Demokratie wichtig, in der wir leben. Es gibt zwar Weltmärkte, aber weder eine Weltgesellschaft noch eine Weltregierung. Von daher sind weltweit vernetzte NRO, Netzwerke und Lobbygruppen für marginalisierte Bevölkerungen so wichtig. Beispiele für aktive Lobbyarbeit für die Frauen des Südens in Europa sind der Katholische Frauenbund, der Marie-Schlei-Verein, WIDE, Frauenbewegungen und Weltfrauenkonferenzen, weil sie sich unter dem Motto „Frauenrechte sind Menschenrechte“ für die Durchsetzung der Rechte auf Selbstbestimmung, Bildung, Arbeit und Gesundheit für Frauen einsetzen. Das ist auch vor Ort möglich, weil Frauen als Konsumentinnen zu einer gerechteren Welt beitragen können. Der fair gehandelte Tee oder Kaffee sind ein Ausdruck für das gewandelte Verbraucherinnenverhalten, das Menschen in den Ländern des Südens nützt. Auch der Abbau von Agrarexportsubventionen nützt. Gemüsebäuerinnen im Senegal weinten, weil ihre Zwiebeln verfaulten, da holländische Zwiebeln auf westafrikanischen Märkten billiger sind als ihre Zwiebeln. T- shirts und Computer sind so billig, weil die Frauen in Mexiko oder Indonesien zu Hungerlöhnen arbeiten. „Billig ist geil“ als Verbraucherinnenslogan setzt auf noch mehr Ausbeutung von Frauen. Das muss sich ändern. Die Veränderung unseres Konsumverhalten trägt nicht nur zu einem bewussteren Umgang mit der Umwelt und zu mehr Nachhaltigkeit bei. Es fördert die Veränderungen in den Lebens- und Arbeitsbedingungen

der ProduzentInnen, denen Kampagnen wie „Clean Clothes“, „Fair Trade“ oder das Etikett für ökologisch und sozial verträglich angebaute Blumen helfen.

Doch NRO- Aktivitäten sind nur ein Betätigungsfeld. Wählen, kandidieren sind weitere Instrumente der Lobby- und Advocacy- Arbeit. Demokratien brauchen politisches Engagement und Partizipation, damit Gemeinwohlinteressen im Vordergrund von Entscheidungen stehen. Über Parlamente kann man im politischen System z. B. kollektiv bindende legitimierte Entscheidungen herbeiführen und konkret Veränderungen bewirken. Das lohnt sich- trotz der Mühen der Ebenen. Die Präsenz vieler, vor allem vieler Frauen, die sich gegenseitig unterstützen, ist wichtig, um die politische Agenda zu beeinflussen.

Für den Erfolg gibt es keine Garantie. die Voraussetzungen sind gute Analyse, gute Argumente, Vernetzung und Bewegung. Für Frauen gilt heute mehr denn je:

Wären wir mehr, wäre es besser.

Und: Gemeinsam sind wir stark.

Eine gerechtere Welt im Interesse von Frauen schaffen können Frauen als Kommunal- oder Bundespolitikerinnen oder auch als Europaabgeordnete. Recht und Gesetze, Programme, Projekte und Haushalte müssen gegendert werden. Frauenförderung und Gendermainstreaming müssen sich ergänzen und zu Geschlechtergerechtigkeit beitragen. Das wird nur mit mehr Engagement der Frauen möglich sein. Schon die Frauen in der 1. Frauenbewegung sind für gleiche Bildung, gleichen Lohn, sexuelle Selbstbestimmung und gleiche politische Rechte eingetreten. Sie waren mutig genug, dafür geächtet zu werden oder sogar ins Gefängnis zu gehen. Was sind heute zehn Frauen an der Spitze von Regierungen bei 190 UNO- Staaten? Was ist ein Frauenanteil in den Parlamenten von mageren 20%? Wie

gerecht ist eine Welt, in der Frauen 2/3 aller Weltarbeitsstunden leisten, nicht einmal 20% des Welteinkommens und nur 2 % des Weltvermögens haben? Eine Welt ist nicht normal, in der es in den Entscheidungsfunktionen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft 90% Romeos und 10% Julias gibt. Von daher darf sich eine Anwältin für eine gerechte Welt, nicht allein auf das humanitäre Engagement beschränken, sondern muss auch gesellschaftspolitisches Engagement beweisen. Politik verdirbt nicht den Charakter, wenn aufrichtige und engagierte Menschen sich bereiterklären, mitzumachen und sich einzumischen. Wenn Politik eitlen und egoistischen Menschen überlassen wird, darf sich keine Demokratie über ihre RepräsentantInnen beklagen.

Sie engagieren sich also, aber sind nicht allein. Und sie können wählen, ob sie sich und mit wem sie sich engagieren. Das Engagement in der Zivilgesellschaft hat Früchte getragen. Erinnern wir uns:

Internationale Verhandlungen sind geplatzt, weil Massenproteste die Legitimität der zu fassenden Beschlüsse infrage gestellt haben. Das war in Brüssel, Genua, Cancun, Prag oder Göteborg der Fall. Auch der G8 Gipfel von Heiligendamm stand im Kreuzfeuer der Kritik, weil die zivilgesellschaftlichen Organisationen die Entscheidungen kritisierten.

Diese Entwicklung ist neu, weil in den über 350 Jahren vom Westfälischen Frieden 1648 bis zum Fall der Mauer nur Nationalstaaten entschieden haben. Sie besaßen Legitimation in der Regel dadurch, dass sie von BürgerInnen gewählt worden sind. Doch seit den neunziger Jahren sind die Strukturveränderungen unübersehbar. Die Globalisierung brachte neue Akteure auf den Plan, weil die neoliberalen

Konzepte die ungleichen Wirkungen der Globalisierung verstärken (Naomi Klein). Dabei zeigen die Probleme der Menschen und ihre Verunsicherung, dass der Markt allein nicht jene Leistungen der Vergesellschaftung erbringen kann, die die Politik als Folge von Deregulierung und Privatisierung aufgegeben hat. Es gibt also ein Defizit an Vergesellschaftung in der globalisierten Welt, in das die NRO zu recht vorgestoßen sind. Sie gelten als Anwälte derjenigen, die keine Stimme haben oder sich kein Gehör verschaffen können. Mit Kampagnen wird das Ziel verfolgt, Entscheidungen oder/und Verhaltensweisen zu ändern.

Zur Rolle der NRO

NRO sind nicht neu, sie gab es auch schon im Kampf gegen die Sklaverei. Aber erst die UN- Weltkonferenzen haben deutlich gemacht, dass sie ein lokale, regionale und internationale power sind, zu der wir alle gehören können. NRO sind keine non- state- actors wie die EU behauptet.

Gewinnorientierung gehört weder zur NRO- noch zur advocacy- Tätigkeit. Darin unterscheiden sie sich von normaler Lobbytätigkeit, die weltweit auf dem Vormarsch ist. Die NRO erweitern den Radius demokratischer Politik und sorgen dafür, dass Öffentlichkeit, Partizipation und Einflussnahme ermöglicht werden. Menschen im Zeitalter der Globalisierung wollen nachvollziehen können, wie sich die Globalisierung auf ihre Zukunftsgestaltung auswirkt.

Kritisiert wird die Legitimation der NRO, weil sie außer ihrem Engagement nichts einbringen. Gibt es aber außer Wahlen nicht auch andere Formen der Zustimmung seitens der Bevölkerung? NRO haben eine Legitimationsbasis, wenn es ihnen gelingt, die Gesellschaft davon zu überzeugen, dass sie gebraucht werden. Von daher gibt es

interessante Experimente in der partizipatorischen Forschung , in partizipatorischen Projekten, in advocacy – Einflussnahme auf Haushalte von Regierungen.

Frauen sind gefordert – für eine gerechtere Welt

Die unbestreitbare Zunahme der Ungleichheit in der Welt, die Nachlässigkeit gegenüber dem Ziel der Nachhaltigkeit (Rio 1992) sind ein Skandal, den weder Regierungen noch Parlamente kontrollieren. Die global governance steht auf einem wackeligen Boden, seit Krisen und uneingelöste Versprechen einander ablösen. Demokratie ist immer noch die beste Staatsform, aber alle müssen hingehen, wenn es um das Wählen geht. Heute ist sogar mehr gefragt: das aktive Engagement von BürgerInnen. Lassen Sie es mich abschließend frauenpolitisch auf den Punkt bringen:

1. Es bedarf mehr denn je der schwesterlichen Solidarität. In Europa sind die Alleinerziehenden die Armen von heute wie in der Dritten Welt.
2. Anwältin für die gerechte Welt muss bedeuten: uns gehen die Ungleichheiten vor Ort genauso an wie Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten in Afrika. Gemeinsame Sicherheit hängt davon ab, dass Gewalt aus Völkerbeziehungen verschwindet.
3. Einmischung ist angesagt, politische Entscheidungen nicht ändern überlassen. Dies gilt für alle Ebenen. Aber: Europa braucht mehr denn je die Machtnahme von Frauen und die europäische Antwort auf die Herausforderungen der Marktglobalisierung.
4. Anwältin für die gerechte Welt muss bedeuten, mit der Friedensnobelpreisträgerin Bertha von Suttner zu fordern: die Waffen nieder. Bis heute gibt es trotz Mauerfall keine

Friedensdividende, die Entwicklungsländern zugute kommt. Vom 0.7- Prozent- Ziel sind wir weit entfernt.

5. Der neue Rüstungswettlauf mit seinen finanziellen und sicherheitspolitischen Auswirkungen weltweit wird ignoriert.
6. Neue wirtschaftliche Entwicklungsstrategien stellen Frauen in den Mittelpunkt. Zu recht: Ihre Gleichstellung ist der wichtigste Beitrag zur Überwindung von Armut und Unterentwicklung. Frauen sind aber nicht nur ein Objekt der Wirtschaft, sie haben ein Menschenrecht auf ihre eigene Entwicklung. Dafür müssen wir eintreten.

Diese Welt muss sich ändern. Frauen können den Wandel gestalten, wenn sie es wollen. Ihnen darf nicht nur die Hälfte des Himmels gehören. Dieser Planet Erde braucht die gleichberechtigte Verantwortung der Frauen. Frauen müssen sich also trauen, Anwältinnen für eine gerechte Welt zu werden.